K04

Antrag

Initiator*innen: Jusos Sachsen

Titel: **Essen von Allen für Alle – vegetarische & vegane Speisealternativen auf steuerfinanzierten Veranstaltungen einfordern!**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD Bundesparteitag weiterleiten:

Unsere Gesellschaft wird pluralistischer, und vegetarische und vegane Lebensweisen etablieren sich immer weiter. Laut einer YouGov/Statista-Studie aus dem letzten Jahr zufolge ernährten sich bereits 7% der Frauen und 5% der Männer vegetarisch oder vegan, und 37% der Frauen und 23% der Männer reduziert fleischhaltig (flexitarisch) oder pescetarisch. Die selbe Studie ergab, dass aber vor allem bei der kommenden Generation mehr Bereitschaft besteht auf vegetarische oder vegane Lebensweisen umzusteigen wenn (wie wir momentan sehen können) bessere Fleischersätze zur Verfügung ständen. In der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen lag die Zustimmung dazu bei 53%.[1] Es würden also viele, v.A. junge Leute vegan und vegetarisch essen, wenn der Zugang zu qualitativ gleichwertigen Alternativen gewährt wäre. Viele Menschen in Deutschland achten demnach schon auf bewussten Fleischkonsum, nur leider spiegelt sich dies z.T. nicht in der Auswahl der Speiseoptionen bei aus öffentlicher Hand finanzierten oder geförderten Veranstaltungen wieder. Wichtig dabei ist auch zu wissen, dass für Menschen, die aus religiösen Gründen die in Deutschland häufig angebotenen Fleischarten oder -zubereitungsweisen nicht konsumieren möchten, eine

vegetarische oder vegane Alternative hilfreich sein kann.

Deshalb fordert die SPD Sachsen die Abgeordneten, und, insofern die Regelungskompetenz für ihr Ressort dafür bei ihnen liegt, die Minister_innen der SPD dazu auf, Gesetzes-, Verordnungs- oder Fördermittelrichtlinienvorschläge zu prüfen und einzubringen, welche regeln, dass auf jeder Veranstaltung, welche durch staatliche Organe finanziert oder gefördert wird, oder durch Parteien oder Stiftungen finanziert oder gefördert wird, welche Geld aus öffentlicher Hand erhalten, mindestens eine vegetarische und eine vegane Speiseoption zur Auswahl stehen, insofern Speisen jeglicher Art angeboten werden. Diese Forderung gilt unabhängig davon, ob die_der Veranstaltungsteilnehmer_in für die Speisen bezahlen muss. Des Weiteren muss die Speisealternative sowohl qualitativ als auch preislich im angebrachten Verhältnis zu den anderen Speisealternativen stehen.

Begründung

[1] https://yougov.de/news/2019/06/27/wie-veggie-ist-deutschland/ (abgerufen am 07.03.2020)

***

Öffentliche Veranstaltungen werden von uns allen finanziert – daher sollte auch jeder dort etwas essen können. Leider gibt es noch immer Fälle, bei denen dies nicht so ist, obwohl vegetarische und vegane Nahrungsmittel inzwischen genauso preiswert erhältlich sind wie fleischliche Lebensmittel sind. Des Weiteren sind pflanzliche Lebensmittel deutlich besser für das Klima als die meisten tierischen Produkte.

Die Umsetzbarkeit solcher Maßnahmen, zumindest in der Verwaltung, hat Bundesumweltministerin a.D. Barbara Hendricks bereits bewiesen, als sie folgendes anwies: „Dienstleister/Caterer, die Veranstaltungen des BMUB beliefern, (...) verwenden weder Fisch oder Fischprodukte noch Fleisch oder aus Fleisch hergestellte Produkte“[2], verbunden mit weiteren Auflagen zu ökologischem Anbau und Regionalität.

Das letztendliche Ziel, vor allem in Anblick auf den klimatischen Aspekt unserer Nährmittelproduktion, sollte natürlich der komplette Umstieg auf pflanzliche Kost bei öffentlichen Veranstaltungen sein. Dieser Antrag soll ein erster Schritt in diese Richtung sein, und bereits so vielen Menschen mit fleischarmen oder fleischlosen Ernährungsformen eine einfachere Teilhabe am öffentlichen

Leben ermöglichen.

[2] https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umweltministerium-serviert-bei-veranstaltungen-nur-noch-vegetarische-kost-a-1135231.html (abgerufen am 07.03.2020)